

Call for Papers

für die gemeinsame Jahrestagung der Fachgruppen Kommunikation und Politik
(gemeinsam mit dem Arbeitskreis Politik und Kommunikation der DVPW) und
Kommunikations- und Medienethik (gemeinsam mit dem Netzwerk Medienethik)

Ethische und normative Dimensionen der politischen Kommunikation

Termin: Do 14. - Fr 15. Februar 2008
Ort: Hochschule für Philosophie München
Aula der Hochschule für Philosophie, Kaulbachstr. 31,
80539 München (U-Bahnstation „Universität“)

Die öffentliche Kommunikation über Politik wird überwiegend von den Massenmedien getragen, umfasst jedoch auch die direkte Auseinandersetzung zwischen politischen Akteuren oder zwischen diesen und den Bürgerinnen und Bürgern. So definiert unterliegt politische Kommunikation immer unterschiedlichen normativen Ansprüchen. Dies können journalistische Normen oder Normen der Politik wie etwa demokratiethoretische Ansprüche oder Diskursnormen sein. Sie können den Umgang der Akteure aus Politik und Medien untereinander sowie die mediale Vermittlung von Politik betreffen. Weitere Anforderungen an politische Kommunikation lassen sich aus dem Ideal funktionierender politischer Öffentlichkeit herleiten. Demnach sollen etwa die rationale und respektvolle Auseinandersetzung, der freie Zugang aller Bevölkerungssegmente zur Öffentlichkeit und eine Berichtstattung, die Transparenz herstellt, Meinungsbildung ermöglicht und Partizipationsanreize gibt, dazu führen, dass sich die überzeugendsten Themen und Meinungen jeweils durchsetzen und in den politischen Entscheidungsprozess eingehen. Demokratische Legitimität hängt ganz wesentlich davon ab, dass der öffentliche Diskurs über politische Entscheidungen diesen normativen Vorstellungen entspricht.

Dass die politische Kommunikation ihren normativen Ansprüchen häufig nicht gerecht wird, ist hinlänglich bekannt. Stichworte sind mit Blick auf die Politikdarstellung Entpolitisierung und Boulevardisierung. Mit Blick auf die Politikherstellung fallen Schlagworte wie nicht gehaltene Wahlversprechen und mangelnde Verständigungsorientierung politischer Akteure. Diese Problemwahrnehmungen sollten nicht zur Ernüchterung und Abkehr von normativen Ansprüchen führen, sondern eine Auseinandersetzung anregen mit den jeweiligen Geltungsansprüchen, den Bedingungen, unter welchen die Ansprüche mehr oder weniger eingelöst werden und mit den Akteuren, die unterschiedliche Rollen dabei übernehmen.

Seit Jahren wird gegenüber den Leistungen der Medien ein gesteigerter Ethik-Bedarf angemahnt. Dies gilt insbesondere für die politische Berichterstattung. *Medienethik*, als angewandte Bereichsethik, die angesichts neuer Rahmenbedingungen sowie Handlungs- und Entscheidungsmöglichkeiten innerhalb des Mediensektors reflektiert und begründet, was innerhalb der Medien als moralisch geboten, verboten oder erlaubt gelten soll, ist dabei erst im Aufbau begriffen. Sie entwickelt dort ihre begriffliche und analytische Schärfe, wo sie sich mit konkreten Anwendungsfeldern auseinander setzen muss. Auf den Bereich der Politik bezogen sind ebenfalls bestimmte Normen der *Kommunikationsethik* einzufordern, die das Verhalten der Akteure, z.B. im Wahlkampf, betreffen. Medien- und Kommunikationsethik sind entweder (empirisch) deskriptiv, oder sie sind Normen begründend und versuchen diese konsistent auf zugrunde liegende moralische Prinzipien zurückzuführen. Eine wichtige Rolle spielen auch Veränderungen, die sich aus den sich wandelnden Rahmenbedingungen ergeben, sowie die Generalisierbarkeit der Normen in Bezug auf völlig andere Rahmenbedingungen (etwa in anderen Staaten). Medien- und Kommunikationsethik beobachten und reflektieren die Medien- und Kommunikationspraxis in Hinblick auf moralische Dimensionen, leisten Orientierung und liefern Anregungen für die Verbesserung der Medien- wie der politischen Praxis im Sinne einer als gültig anerkannten oder anzustrebenden Wertorientierungen.

Normative Geltungsansprüche, die aus der Medienethik und Kommunikationsethik entwickelt werden, lassen sich auf verschiedenen Ebenen verorten. Allgemein gesprochen sind dies die Mikro-, Meso- und Makroebene. Im Rahmen der politischen Kommunikation lassen sich Geltungsansprüche mit der Frage der Verantwortung verknüpfen, dann stehen die Bedingungen für ethisches Handeln, bzw. die Reichweiten der Handlungen von Akteuren im Mittelpunkt des Interesses:

- Auf einer metaethischen Ebene werden die Prinzipien einer Medien- und Kommunikationsethik diskutiert.
- Auf einer gesellschaftspolitischen Ebene werden diese Prinzipien vor dem Hintergrund ihrer historischen und gesellschaftlichen Entstehung konkretisiert.
- Auf der Regulierungsebene wird der Rahmen gestaltet, innerhalb dessen sich die Akteure organisieren, seien dies Medienakteure (im Fall von Medienpolitik) oder politische Akteure (im Fall einer Selbstregulierung von Politik, z.B. in Form von Wahlkampfnormen).
- Auf der Organisationsebene steht das Handeln der einzelnen Akteure im Vordergrund, seien dies staatliche Akteure (Regierung, Verwaltung), politische Akteure (Parteien, Verbände etc.) in ihrer Rolle als Kommunikatoren oder Medienunternehmen als Subjekte der Pressefreiheit.
- Auf der berufsbezogenen Ebene werden die normativen Ansprüche an journalistisches Handeln und ihre Umsetzung ebenso formuliert wie an das Handeln von politischen oder PR-Akteuren (Berater, Spindoctors etc.).
- Auf einer personalen Ebene geht es um die Gestaltungsmöglichkeiten, die sowohl der einzelne Journalist, individuelle politische Akteure wie die einzelnen Rezipienten bei der Teilhabe an Medienkommunikation haben.

